



Vor wenigen Tagen fanden die Gedenkzeremonien zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz statt. Nun soll geklärt werden, welche Rolle die Verwaltungskommission bei der Deportation der Juden spielte. (FOTO: A. ANTONY)

Die Vorgeschichte des Artuso-Berichts

„Il subsiste un certain flou“

Ein Expertenteam geht der Frage der Kollaboration nach

VON DANI SCHUMACHER

Premierminister Bettel will in den nächsten Tagen den Bericht des Expertenteams um den Historiker Vincent Artuso vorstellen, das die Rolle der Verwaltungskommission im Zusammenhang mit der Deportation der Juden im Zweiten Weltkrieg untersucht. Die Analyse war von der Vorgängerregierung in Auftrag gegeben worden, nachdem mehrere Historiker den Vorwurf der Kollaboration erhoben hatten.

Es war Elio Di Rupo, der den Stein ins Rollen gebracht hatte. Am 9. September 2012 hatte sich der damalige belgische Premierminister bei der jüdischen Gemeinde für die Mitverantwortung der belgischen Behörden bei der Deportation der Juden während der deutschen Besatzung entschuldigt. Di Rupos Entschuldigung rief in der Folge auch luxemburgische Historiker und Politiker auf den Plan.

Noch im September meldete sich Serge Hoffmann zu Wort. In einem Tageblatt-Artikel vom 19. September warf der Historiker die Frage nach der Rolle der Verwaltungskommission im Jahr 1940 auf und kam zum Schluss, dass die Ersatzregierung zwischen Mai und Herbst 1940 aktiv mit den deutschen Besatzern zusammengearbeitet hatte: „Sowohl in Belgien als auch in Luxemburg kollaborierten die ‚Ersatzregierungen‘ mit den Nazis und unternahmen nichts gegen die Judenverfolgung in ihren jeweiligen Ländern.“ Damit kritisierte er auch das bis dahin übliche Geschichtsverständnis, das Luxemburg nach der Invasion vom 10. Mai 1940 fast ausschließlich in der Opferrolle sah.

Die Aussage war wiederum der Anlass für eine parlamentarische Frage des früheren LSAP-Politikers Ben Fayot an Jean-Claude Juncker. Fayot wollte von dem damaligen Premier wissen, ob er die Meinung des Historikers teile und ob er sich, wie sein belgischer Amtskollege, bei der jüdischen Gemeinde entschuldigen werde.

Durch Junckers Antwort vom 30. Januar 2013 kam die Debatte dann erst richtig in Gang. Eine Entschul-

digung zog Juncker zum damaligen Zeitpunkt nämlich nicht in Erwägung, da die bis dato vorliegenden Forschungsberichte seiner Meinung nach zu viele Lücken aufwiesen: „Il subsiste en effet un certain flou concernant les événements de l'époque et notamment le rôle de la Commission administrative en général et en rapport avec la déportation de la population juive en particulier.“ Allerdings beauftragte die Regierung in der Folge Historiker der Uni Luxemburg mit der Aufarbeitung. Erst danach werde er die erforderlichen Schlüsse ziehen, so Juncker.

„Ein Skandal“

So lange wollte Denis Scuto allerdings nicht warten. In einer „Carte Blanche“ bei RTL zeigte er sich am 8. Februar 2013 „skandalisiert“ über Junckers Aussage. Für den Historiker stand bereits damals fest, dass die Verwaltungskommission, die nach der Flucht der Großherzogin und der Regierung vom Parlament mit den Vollmachten der Regierung ausgestattet worden war, mit den NS-Besatzern kollaboriert hat und an der Umsetzung der antisemitischen Gesetze beteiligt war, die ab September 1940 in Luxemburg galten.

Als Beweis legt er eine Liste mit den Namen von 280 jüdischen Kindern im Alter zwischen vier und 14 Jahren vor, die „esou vun hire Schoulmeeschter, Léierinnen a Schwwestern vun der Doctrine chrétienne, vun Inspekteren, vu Buergermeeschteren iwwer den Distriktcommissaire op Uerder vum Regierungrot fir d'Instruction publique, Louis Simmer, an dem Chef vun der Lëtzebuurger Verwaltungskommission, Albert Wehrer, un de Chef vun der dätischer Zivilverwaltung, de Gauleiter Gustav Simon, denoncéiert ginn.“ Der eigentliche Skandal sei aber, dass diese Liste seit Jahren bekannt und im Nationalarchiv öffentlich zugänglich sei. Zudem hatten die Historiker Paul Dostert und Paul Cerf schon in den 80er-Jahren auf die Dokumente aufmerksam gemacht. Laut Scuto soll eine weitere Liste mit 500 Namen von polnischen Juden existieren, die

damals in Luxemburg lebten. Im Mai 2013 wurde schließlich das Forschungsteam um Vincent Artuso mit der Aufarbeitung der Rolle der Verwaltungskommission betraut. Artuso hatte sich bereits 2011 in seiner Doktorarbeit „La collaboration au Grand-Duché de Luxembourg durant la Seconde Guerre mondiale (1940-1945). Attentisme, coopération, assimilation“ mit dem Thema befasst.

Ursprünglich sollte der Bericht im Mai 2014 erscheinen. Doch die Experten hatten gleich zu Beginn darauf hingewiesen, dass die Zeitschiene zu eng bemessen sei. Wenn der Bericht nun in zwei Wochen vorgestellt wird, stellt sich die Frage, ob und wie die Nachfahren der Opfer entschädigt werden. Die Regierung sei bereit, ihre Verantwortung zu übernehmen, hatte Premier Xavier Bettel am Mittwoch betont. Wie genau die Schlussfolgerungen der Regierung aussehen werden, bleibt abzuwarten.

Nicht, oder nur teilweise umgesetzt wurden bislang die Empfehlungen aus dem Bericht von 2009 der Spezialkommission, die sich ab 2002 mit dem Thema der Enteignung der Juden auseinandergesetzt hatte. Die Spezialkommission unter der Leitung des Historikers Paul Dostert hatte u.a. die Schaffung eines nationalen Monuments für die Opfer der Shoa empfohlen. Dostert hatte sich für eine nationale Gedenkstätte starkgemacht, weil das bestehende Monument in Fünfbrunnen, dem historischen Ort der Deportation, „sehr weit abseits“ liege und zudem das Judentum in Luxemburg „eng mit der Stadt Luxemburg verbunden“ sei.

Dieser Forderung schließt sich auch die Vereinigung MemoShoah an, die sich zum Ziel gesetzt hat, „unabhängig von politischen oder religiösen Hintergründen Projekte und Initiativen zu organisieren und zu unterstützen, die zur Aufarbeitung und zum Verständnis der Shoah beitragen“. Außerdem macht sie sich für die Schaffung einer Begegnungs- und Gedenkstätte im Kloster Fünfbrunnen stark. Im vergangenen Sommer hat sie erste Entwürfe vorgestellt.

LEITARTIKEL

Schule und Geld

Seit Jahren wird sich bei der Schulpolitik mehr über Strukturreformen als über Inhalte aufgeregt. Dies könnte sich demnächst ändern, dann nämlich, wenn entschieden wird, was in den neutralen Werteunterricht kommen soll, und was um Himmelswillen nicht. Spätestens im Jahr 2016, wenn dieser Unterricht eingeführt werden soll, werden wir erfahren, was uns dann wichtig und heilig ist.



„Banken hatten schon immer einen Fuß in der Schule. Muss das sein?“

MARC THILL

rechnet Schülern beibringen will, wie sie später ihr Wohnungsdarlehen aushandeln sollen, oder wo und wie sie ihr Geld gewinnbringend investieren können.

Ja, die Banken hatten schon immer einen Fuß in der Schule, und ein jeder kennt die Schulsparfeste und Malwettbewerbe, die von Banken gesponsert werden und deren Preisgelder nur über ein neu eröffnetes Sparkonto ausgezahlt werden. Muss das so sein? Warum nur dürfen Banken mit Zustimmung des Bildungsministers diese merkantilen Spiele mit Heranwachsenden treiben?

Wichtiger aber noch ist die Frage nach dem Sinn dieser „Geld-Woche“. Welche Werte werden damit den Kindern vermittelt? Dass alleine Geld wichtig ist? Dass nur Geld glücklich macht? Wo ist die kritische Stimme, die auch die Schattenseiten des Geldes beleuchtet?

Ach, du armes Luxemburg! Künstler haben es schwer. Sportbegabte wagen selten den Sprung ins Profifgeschäft. Handwerker und kreative Menschen sind Mangelware. Kaum ein Schriftsteller, der vom Schreiben leben kann. Sie alle suchen den sicheren Hafen auf. Eine Schule, in der Kinder wie in einer Fabrik formatiert und normiert werden, damit sie auch später für ein Leben im Luxemburger Mainstream tauglich werden, kann dem wohl kaum entgegenwirken. Wo ist in der Schulpolitik der Geist des „Neie Lycée“ geblieben? Und wie lange wird dieses Schul- und Gesellschaftsmodell noch tragbar sein? Wo sind die Empörten? Ein zaghaftes #NotInMyName war nach Luxleaks zu hören. Still ist es geworden.

■ marc.thill@wort.lu

Das Thema Geld ist es offenbar bereits jetzt, denn wie anders lässt sich erklären, dass der Bildungsminister seinen Segen zur Einführung einer „Woch vun de Suen“ an den Grundschulen gegeben hat. Die Banken wollen während einer Woche unter der Führung der ABBL den Kindern einiges in Zusammenhang mit der Welt des Geldes beibringen. Diese Initiative macht hellhörig und wirft Fragen auf. Erstens: Muss das sein? Zweitens: Gibt es wirklich nichts Sinnvolleres, was man heutzutage Kindern in der Grundschule beibringen sollte?

Gewiss, Luxemburg ist ein Finanzplatz, und viele Eltern von schulpflichtigen Kindern verdienen ihr Brot in dieser Finanzwelt. Ja, die Banken und ihre angeschlossenen Anstalten bilden auch einen wichtigen Wirtschaftssektor des Landes. Vorbilder sind sie aber beileibe nicht.

Es mag einleuchten, dass Kindern in der Schule gezeigt wird, wie sie bewusster mit ihrem Taschengeld umgehen sollten. Muss diese Aufgabe aber unbedingt an die Bankenvereinigung übertragen werden? Und überhaupt: Warum nur sollte man Kinder der Grundschule möglichst früh in das Thema Geld einführen? Weshalb sollte die Lehre einer rationalen Sparlogik, einer eisernen Finanzplanung und einer absoluten Gewinnmaximierung Zehn- und Elfjährigen aufgezungen werden, die noch Träume haben? Gespannt darf man auf die offizielle Begründung sein, warum man ausge-

Hitlers Höhle

Vor 70 Jahren wurden die Konzentrationslager Auschwitz und Sonnenburg (Slonsk) befreit.



Dossier mit Videos auf wort.lu

Fokus-Thema morgen